



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 16. September 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

P 702 Postulat Setz Isenegger Melanie und Mit. über Förderung von Mobilitätsmanagement bei Privatunternehmen / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Urs Brücker beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Melanie Setz Isenegger hält an ihrem Postulat fest.

Urs Brücker: Wir sprechen nicht von einem Mobilitätsmanagement für die Kantonsverwaltung, sondern für private Firmen. Das Postulat fordert den Regierungsrat auf, Anreize zur Einführung von Mobilitätsmanagementlösungen zu schaffen. Wenn ein Unternehmen mit dem Verkehrsverbund Luzern (VVL) ein Mobilitätskonzept erarbeitet, soll es beim Kanton Mittel zur Umsetzung beantragen können. Für uns liegt der Fokus bei einem Mobilitätsmanagementkonzept für Unternehmen auf der Information und der Beratung. Diese Forderung des Postulats können wir unterstützen. Eine finanzielle Unterstützung von privaten Firmen ist jedoch nicht Aufgabe des Kantons. Aus diesem Grund beantragen wir die teilweise Erheblicherklärung des Postulats.

Melanie Setz Isenegger: Die Stellungnahme des Regierungsrates passt haargenau zum Legislaturprogramm. Die Probleme werden grösstenteils erkannt und umschrieben sowie Strategien erstellt, für die konkrete Umsetzung fehlen aber leider die Mittel, oder der Kanton fühlt sich nicht verantwortlich respektive zuständig. Es bleibt dabei – schöne Worte und Lippenbekenntnisse reichen nicht aus, die Verantwortung kann nicht immer abgeschoben werden. Auch wir erachten es als zielführender, wenn sich das Mobilitätsverhalten grundsätzlich verändert, und die Unternehmen wie auch die öffentliche Verwaltung diesbezüglich vorwärts machen. Leider ist das aber oft nur über finanzielle Anreize möglich. Wenn wir beispielsweise das grosse Problem Stau lösen wollen, so ist es vielleicht nur durch eine finanzielle Lenkung durch den Kanton möglich, dass die Unternehmen tatsächlich vorwärts machen. Aus diesem Grund halten wir an der Erheblicherklärung fest. Es ist übrigens nicht die Rede von einem nicht nachhaltigen, einmaligen Beitrag oder einer Finanzspritze nach dem Giesskannenprinzip, sondern von Mitteln, die beim Kanton beantragt werden können. Über die genau Umsetzung können wir also noch diskutieren.

Martin Birrer: Im Gegensatz zum vorherigen Postulat sind wir der Meinung, dass es nicht Aufgabe des Kantons ist, das Mobilitätsmanagement bei privaten Unternehmen finanziell zu unterstützen. Zudem ist zu beachten, dass der Kanton via VVL Unterstützung bietet und diese sogar ausbauen will. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Räto B. Camenisch: Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Wir sind nicht gegen ein Verkehrsmanagement, und es ist sicher gut, wenn sich die Firmen Gedanken dazu machen. Das ist aber eine Sache der Firmen und nicht des Kantons. Finanziell wollen wir uns erst recht nicht engagieren, denn das würde zu weit führen. Zudem würde das Ganze eine grosse Bürokratie nach sich ziehen.

Urs Brücker: Auf Bundesebene können bereits finanzielle Mittel zur Unterstützung beantragt werden einerseits bei der Koordinationsstelle für nachhaltige Mobilität (KOMMO) und andererseits bei der Schweizerischen Klimastiftung, die immer wieder solche Projekte unterstützt.

Hannes Koch: Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen stimmt der Erheblicherklärung zu. Es geht nun darum, konkret zu werden und auch den grossen Organisationen im Kanton Unterstützung anzubieten. Wann, wie und warum das Geld fliessen soll, ist noch offen, denn bei einem Postulat handelt es sich ja um einen Prüfauftrag.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Beim Postulat P 701 ging es darum, dass wir als kantonale Verwaltung eine Vorbildfunktion einnehmen sollen. In der Stellungnahme zum vorliegenden Postulat erklären wir, dass es auch eine Unternehmenskultur braucht, die ein Mobilitätsmanagement zulässt und fördert. Ich bin deshalb überzeugt, dass es auch im Interesse der Unternehmen im Kanton Luzern ist, Selbstverantwortung wahrzunehmen und einen Schritt zu machen. Wir stellen über den VVL ein Beratungsangebot zur Verfügung. Dieses Angebot soll auch weiter gefördert werden. So können sich die Firmen von unseren Fachleuten bei der Umsetzung beraten lassen. Aus unserer Sicht ist aber eine finanzielle Direktunterstützung nicht angebracht. Zudem hat Urs Brücker erwähnt, dass beim Bund entsprechende Förderprogramme bestehen. Es kann zum guten Image eines Unternehmens beitragen, dass man im Bereich Mobilitätsverhalten etwas Ausserordentliches tut. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 63 zu 31 Stimmen vor.

In der definitiven Abstimmung lehnt der Rat das Postulat mit 58 zu 37 Stimmen ab.